

# Sächsische Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1913. Nr. 582.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 206.

Zweite Ausgabe

Freitag, 12. Dezember 1913.

Abgabegebühr für die Provinz Sachsen beträgt 2,50 Mk. und die Post bezogen 3 Mk. für das Quartalsjahr. Die Hälfte dieses Betrages entfällt auf den Abonnenten. — Druck- und Verlagsanstalt: Sächsische Zeitung, Halle (Saale), Unterwallstraße 11 (Sonntagsausgabe), Danneberg, Mühlentempel, Mühlentempel, Mühlentempel, Mühlentempel (für die junge Welt).

Abgabegebühr für die Provinz Sachsen beträgt 2,50 Mk. und die Post bezogen 3 Mk. für das Quartalsjahr. Die Hälfte dieses Betrages entfällt auf den Abonnenten. — Druck- und Verlagsanstalt: Sächsische Zeitung, Halle (Saale), Unterwallstraße 11 (Sonntagsausgabe), Danneberg, Mühlentempel, Mühlentempel, Mühlentempel (für die junge Welt).

Geschäftsstelle in Halle (Saale): Beiziger Straße Nr. 61/62. Telefon 8108 u. 8109; Telephon 8110. Verleger: Dr. Straßmann-Bildberg, Halle (Saale).

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 31. Telefon Amt Kurirtel Nr. 6300. Druck und Verlag von Otto Czigalla, Halle (Saale).

### Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 11. Dezember 1913.

Am Bundespräsidenten: Dr. Delbrück, v. Jagow, Reiche, Dr. Visco, Kühn, v. Falkenhayn sowie zahlreiche andere Bevollmächtigte und Kommissare.

Der Vizepräsident des Reichstages, v. Falkenhayn, eröffnete die Sitzung um 11 1/4 Uhr. Das Haus legte die Tagesordnung des Reichstages fest.

Abg. Dr. Nitsch (Hf.): Was der Kriegsminister gestern hier ausgeführt hat, waren nichts als Selbstverständlichkeiten. Er hat es verstanden, immer an der eigentlichen Frage vorbeizurennen. Graf Westarp hat von einer fortgesetzten Beschäftigung der Offiziere seitens der Regierung Mitteilung gegeben. Er hat aber auch nicht den Schatten eines Beweises dafür beibringen können. (Andauernde Unruhe, Glocke des Präsidenten.) Wäre das Militär am 28. November nicht in Bewegung gekommen, dann wäre es nicht zu den Unruhen gekommen. Ich begreife übrigens nicht, warum man den Staatssekretär Jörn von Bulach gerade besonders angreift. Er ist wahrhaftig in der ganzen Sache am unschuldigsten. Wir werden unter Regierung im Landtage fragen: Was hat Jörn in dieser ganzen Sache getan? Wenn die Antwort nicht befriedigend ausfällt, wird ein Strafgericht über unsere Regierung abgehalten werden. In französischer Zeit hatten wir viel mehr politische Freiheit; jetzt befinden wir uns tatsächlich in einer unruhigen, staatsrechtlichen Anstaltsverwaltung. Die schmerzlichen Töne des Grafen Westarp sind nicht getragener, als besonders aufzulegen. Mit einem „Sammelnummer“ ist bei uns nichts anzufangen. (Starkes Geklapper und es niemals vergessen, mit welcher Gemütsruhe die große Mehrheit des Reichstages in dieser schweren Stunde auf seine Seite getreten ist (Beifall bei den Hf.), und wenn wir auch zum großen Teil das Vertrauen zur Regierung verloren haben, so haben wir umso mehr Vertrauen gewonnen zum deutschen Volk. (Beifall.)

Abg. Jörn (Hf.): Das Mißbilligungs-votum bedeutet die Beurteilung der Offizierswirtschaft. Als die Staatsberatung ausgelegt wurde, weil der Reichskanzler nach Donauaufträgen beschoren war, glaubte man, daß der Reichskanzler noch seiner Aufgabe hienieden würde, wie die Sache erledigt werden sollte. Er hielt es aber garnicht für nötig, dem Reichstag eine Mitteilung darüber zu machen. Hier ist schon die Sache erledigt. Aber für das Volk ist sie nicht erledigt. Der Reichskanzler hat erklärt, es gibt keine Nebenregierung. Das wollen wir ihm glauben, es gab nur eine Regierung, aber die war er nicht. (Zustimmung bei den Hf.) In der Zeit aber gibt es eine Nebenregierung, die beratende Zusammenkunft, wie sie in Baden stattfand, heraufbeschwören will. Wir wissen ja, daß der erste Reichskanzler des Deutschen Reiches deshalb geführt worden ist, weil er einer derartigen Politik die Hand bieten wollte. Diese Kreise liegen auf der Lauer gegen das Reichstags-votum, gegen das Koalitions- und Streikrecht der Arbeiter. Es ist in Breußen gar kein Wunder, wenn das Volk, wenn die Arbeiter unterdrückt werden; haben wir doch geteilt den Typus des preussischen Landrats mit seiner „Sammelnummer“ hier ganz unverständlich gemacht können. Wie kann ein solcher Vertreter des Volkes den Arbeiter gerade beurteilen? Den Worten von der überaus reichen Ernte dieses Jahres hat nur das Großkapital, haben die Reichen, den Adel, haben die kleinen Leute, die Arbeiter. Der uns zugegangene Etat ist ein Sanktionsdokument ganz außerordentlicher Art. 314 Milliarden werden allein für den Militarismus ausgegeben. Für die Arbeiter hat man fast nichts übrig. Was man ihnen gibt, ist nur ein Kröpfchen auf den heißen Stein. Auf internationalen Konferenzen vertreten unsere Regierungsvertreter öfter Arbeiterforderungen. Auf Geheiß des Zentralverbandes deutscher Industrieller muß sie aber die Regierung später ablehnen. Wir werden mit jeder Regierung und Partei zusammenarbeiten, die wirklich etwas Gutes für das Volk tun. Dagegen lehnen wir es ab, bei einem parlamentarischen Gange in die Regierung einzutreten und dort als Minister ihre Geldsäcke zu befragen. (Beifall bei den Hf.)

Abg. Erberger (Hf.): Der Reichskanzler sprach von dem sogenannten Mißbilligungs-votum, von Meinungsbeschwerden, die zum Beweise des politischen Lebens gehören. Davor behüte uns der Himmel, daß solche Meinungsbeschwerden zum Beweise des Reichstages gehören. Graf Westarp ist sogar soweit gegangen, zu sagen, manche von den Reden, die in der vorigen Woche gehalten worden wären, würden wohl heute nicht mehr gehalten werden, es sei nur Strohhalm gewesen. Soweit er damit anspielen wollte auf die geradezu meisterhaften Darlegungen des Kollegen Bebrndorf, muß ich erklären, daß die Zentrumsfraktion und die Zentrumspartei im ganzen Deutschen Reich noch einzig und allein hinter den Ausführungen des Abg. Bebrndorf stehen. (Beifall bei den Hf.)

Der Abg. Graf Westarp hat sich bei seinen Argumenten auf den Staatssekretär Jörn bezogen. In diesem Buche „Der Kampf ums Recht“ heißt es, daß zu derselben Zeit, da Bürger und Bauern Gegenstand der absolutistischen Willkür waren, Elias-Notvrienen für das deutsche Volk verloren

ging. (Große Unruhe links; Zwischenrufe des Abg. Ledebour; Vizepräsident Dr. Kaufisch: Ich bitte, die Zwischenrufe zu unterlassen. Abg. Ledebour ruft ironisch: Sie fördern die Gefährdung Vizepräsident Dr. Kaufisch: Einen solchen Ton und eine solche Kritik meiner Mitführung verbitte ich mir!) Wenn der Reichskanzler seine Demission nicht einreicht, so liegt das in seinem Ermessen, aber der Reichstag daraus Konsequenzen ziehen. Ich fürchte, die Verantwortlichkeit dem Vaterlande ein so feiner hervorragender Verdienste, als er erlitt, daß er nicht im Amte bleiben wollte, wenn die Nationalliberalen nicht für die Reichsfinanzreform von 1909 stimmen wollten. (Wiederpruch bei den Nationalliberalen; Lebhaftes Zurufe des Abg. Erberger an die Natl.) Vom Reichskanzler hätte wir erwartet, daß er uns sage, worin die parlamentarische, für die er so warm eintrat, sich zeigen sollte. Der Wehrbeitrag ist der große Referendums für das Jahr bis zum Jahre 1916. Der neue Etat hält in den Einrichtungen das, was verprochen worden war. Die Überschüsse sind im Allgemeinen begriffen. Wir wünschen deshalb die Schaffung eines Ausgleichsfonds für das Reichstagsamt. Der Kriegsminister hat ausgetragene, modernen Anordnungen gern Folge geben zu wollen. Vieles geht er da auf den Vorschlag ein, den unmoralischen und unbilligen Zwang zu beibehalten. Hier würde ein Wort des obersten Kriegsherrn genügen.

Braunschweigischer Bundesratsbevollmächtigter Wirtl. Geh. Legationsrat Wöber: Ich danke dem Reichstag für die außerordentlich sympathische Weise, mit der er die Lösung der Braunschweigischen Frage hingenommen hat, wie es insbesondere von den Herren von Wöber und Ballewanz ausgedrückt worden ist. Braunschweig hat ein Fürstentum, dessen Republik unter allen Umständen feststeht. (Beifall bei den Natl.) Die Verantwortung dafür nehmen wir gerne auf uns in der Überzeugung, daß die endgültige Lösung dem Wohle unseres Landes wie des Reiches entspreche hat. (Beifall bei den Natl.)

Abg. Gaußmann (Hf.): Der Reichstag muß sich mit den Fragen der auswärtigen Politik befassen. Er sollte sich überlegen, ob nicht eine besondere Kommission einsetzen sollte, welche die auswärtige Politik ständig im Auge behalte. Es scheint jetzt der Augenblick für eine Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich gekommen zu sein. Auf beiden Seiten werden sich die Stimmen, welche dieses Ziel anstreben. Noch wichtiger für uns ist aber eine Verständigung mit England, und wir sollten uns nicht gegen die Vorschläge bezüglich einer Raube in der Flottenvermehrung sträuben. Ich möchte dem Kriegsminister fragen, ob den eifrigen Soldaten der Wehrmachturlaub erst verweigert und später erst zum Einziehen eines höheren Zolls wieder bewilligt werden ist. Auch möchte ich wissen, ob die Wehrmacht befehligt, die Garnison zu entscheiden, oder nur einen Regimentsbefehl zu erlassen. Die bisherigen Reden des Reichskanzlers haben nicht beruhigend gewirkt. Auf den Vorwurf des Grafen Westarp, er habe einen Witz geäußert, erklärte er, daß sie nicht der Fall. Graf Westarp hat also den Kanzler daran vermindert, ich wieder das Vertrauen des Reichstages zu erwerben. Es hat sich nicht nur eine Kluft zwischen den Zivil- und Militärbehörden, sondern auch zwischen dem Reichskanzler und dem Reichstag. Ich denn die Stellung des Reichskanzlers so stark, daß es eine Einbuße an Vertrauen auf längere Dauer vertragen kann? Es müßte eine kompakte Wehrheit bei einander bleiben, um ein anderes Regiment zu erziehen. Ein Mißtrauen für den Reichskanzler ist, daß der Herrscher, von dem er abhängig ist, sehr häufig nicht in Berlin zu persönlichen Rückfragen anwendet ist. Diese Abwesenheit muß in kritischen Zeiten zu Unzutunlichkeiten führen. Sollte die Reichsregierung bei ihrer gegenwärtigen Haltung verharren, so würde das ein Fehler sein, wie er sich schon in diesen Wochen schmerzhaft fühlbar gemacht hat.

Kriegsminister Freiherr v. Falkenhayn: Die Frage des Abg. Gaußmann am mich, ob den eifrigen Rekruten der Wehrmachturlaub entzogen und erst auf höhere Weisung wieder erteilt werden ist, ist zu verneinen. Die Frage der Garnison zu erhöhen, hat sich noch kein Anlaß ergeben. Die ganze Angelegenheit befindet sich noch in der Schwebe, und solange kann darüber von maßgebender Stelle nichts erklärt werden. (Unruhe und Lachen links.)

Abg. Dertel (Dankton): Der Abg. Erberger hat mit Recht auf die Notwendigkeit größerer Sparmaßnahmen hingewiesen. Vieles ist überlegt er sich aber auch einmal, ob es in der Zeit solcher Sparmaßnahmen angebracht ist, zwei Millionen über den großen Reich nach San Francisco zu schicken. Nun zu unserer auswärtigen Politik. Der Reichskanzler hat mit einem ziemlich starken Optimismus gesprochen. Ich mache ihm das nicht zum Vorwurf. Die Politik, die wir dem Dreierbündnis gegenüber geführt haben, ist meines Erachtens durchaus richtig und durchaus selbstverständlich gewesen. Man darf uns vor, daß wir durch den Grafen Westarp den Staatssekretär Jörn v. Bulach, den Staatsrat, den Kreisdirektor und die Zivilbehörden in Baden bestig angegriffen werden. Vom Staatsrat hat Graf Westarp nichts gesagt. Wenn der Staatssekretär nach den Vorgängen in Donau-geringen und hier auf die Anfrage eines Watters telegraphieren kann: „Ich habe jetzt keine Verantwortung mehr, mein Mißbehagen einzureichen“, so habe ich dafür kein Verständnis. Wir waren richtig ab, welche Folgen das Mißtrauens-votum haben wird, nachdem der Kanzler selbst er-

klärt hat, er habe seine Entlassung nicht eingereicht, und er denke auch nicht daran. Wir tun nicht mit auf der Bahn zum parlamentarischen Etaot; wir lehnen das vollkommen und grundtätig ab. Wir wünschen ein Gesetz zum Schutze der Arbeitswilligen, und wir wünschen, daß die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer gleich behandelt werden. (Zustimmung.) Die Sozialpolitik darf sich nicht darin erschöpfen, die Interessen der Arbeiter zu heben, sondern auch die des Mittelstandes, auch in der Landwirtschaft sieht es schlimm aus. Die Skarifikation und die Viehpreise haben einen Tiefstand erreicht, wie kaum zuvor. Der Reichskanzler wird sich Dank und Vertrauen erwerben, wenn er in der Schaffung des Zusammenstoßes der schaffenden Stände die Führerrolle übernimmt. (Beifall bei den Natl.)

Abg. Dr. Kaufisch (Natl.): Ein Mißtrauens-votum in dem Sinne, wie es die Sozialdemokraten wollen, haben wir nicht beabsichtigt, wir wollen auch keine Schwärzungen bei der Staatsberatung machen. Das wäre ein schändliches Mißtrauen. Disziplin und Autorität müssen gewahrt werden, die Disziplin aber nicht von unten, sondern von oben, nicht durch die Hand der Arbeiter, sondern durch das gute Verhältnis zwischen Volk und Herrschern. Denn sind wir gefährdet vor Gefahren, vor denen uns das Schicksal bedrohen möge. (Beifall bei den Natl.) Der Forderung der Befreiung des Quellausgangs stimmen wir zu. (Beifall bei den Natl.) Unsere Wünsche hinsichtlich der Mißbilligungs-votum, werde ich in solchen Grenzen halten, daß sie von unserer Finanzverwaltung getragen werden können. Es muß die Frage geprüft werden, ob der Reichstags-votum darauf wurde die Sitzung verlagert.

In einer persönlichen Bemerkung wendet sich Abg. Nitsch (Hf.) gegen den Kriegsminister, indem er sich dessen Ton verbitte. Der Minister habe in den letzten Tagen nichts gelernt. (Lachen.) Nächste Sitzung Freitag 10 Uhr: Kurze Anfragen, kleine Vorlagen, Fortsetzung der Staatsberatung und Interpellation der Sozialdemokraten betreffend Mißbilligungs-kommission. Sitzung nach 6 Uhr.

### Deutsches Reich.

Aus dem Bundesrat.

In der Sitzung des Bundesrats am Donnerstag wurden den zuständigen Ausschüssen überwiegen: Die Rechnung über den Staatshaushalt des Schutzgebiets Braunschweig für das Rechnungsjahr 1908, die Änderung der Grundzüge für die Bekleidung der Beamtenstellen mit Militäruniformen, die Übertragungsbestimmungen zur Durchführung der hausgewerblichen Fremdenversicherung und die Änderung des Statuts des Reichlichen Archäologischen Instituts. Die Wahl von Mitgliedern des Reichsgerichtsrats wurde vollzogen. Zur Annahme gelangten der Entwurf einer Vorrichtung zur Änderung der Schiffvermessungsordnung, der Entwurf eines Befehlswegs- und Pensionstatuts der Reichsbeamten und mit Ausnahme der Mitglieder des Reichsfinanzreferentiums auf das Jahr 1914, die Vorlage betreffend ein Abkommen mit Bulgarien wegen Anerkennung der Identitätszeichen an Warenmarken, die von Handelsreisenden eingeführt werden, und die Vorlage betreffend die Anrechnung pensionberechtigter Dienstzeit bei den Marineoffizieren.

### Der Landeseisenbahnrat

In seiner Sitzung vom 10. Dezember folgende wichtigeren Beschlüsse von allgemeinerem Interesse gefaßt: Die Verlängerung der Geltungsdauer des Ausnahmestats 7 Gram für Eisenbahnen in den vertraglichen Sonderbahnen vom Sieg, Ruhr- und Mittel-Gebiet nach Westfalen um drei Jahre (bis Ende 1917) wurde befürwortet. — Die überwiegende Mehrheit des Landeseisenbahnrats sprach sich für die Frachtmäßigungen aus, die die Eisenbahnverwaltung für Eisenbahnen, u. a., (auch Koksstöße) zugunsten von Eisenbahnergewerken, Sachoffenbetriebe und Einzelwerken in Aussicht genommen hat und die von den geplanten Frachtmäßigungen für Eisenbahnen und Koks in Ruhr- und Westfalen herührt werden. — Zugestimmt wurde den Vorschlägen der künftigen Tarifkommission der deutschen Eisenbahnen auf Ablehnung zweier Anträge betreffend die Gewährung eines Tarifbestandtarifs für Marindonen in der Zeit vom 1. April bis 31. August und betreffend die Aufnahme von abgetragenen und leeren Mineralwasserflaschen oder Kästen (Stößen) mit solchen Flaschen in § 36 der allgemeinen Tarifvorschriften des deutschen Eisenbahner-tariffes Teil 1 b.

### Der Seniorenkonvent des Reichstages

In seinem früheren Beschlusse hat heute, Freitag, die Weichstagspause begonnen zu laufen. Auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung sollten gestellt werden, wenn nötig, der Schluß der 1. Lesung des Etats, die zweite, eventuell dritte Lesung des Initiativgesetzentwurfs betr. Beitrag des Reiches für die Beteiligung Deutschlands an der Weltausstellung in San Francisco, die dritte Lesung der Übereinkunft betr. Waageplan gegen Pest, Cholera





